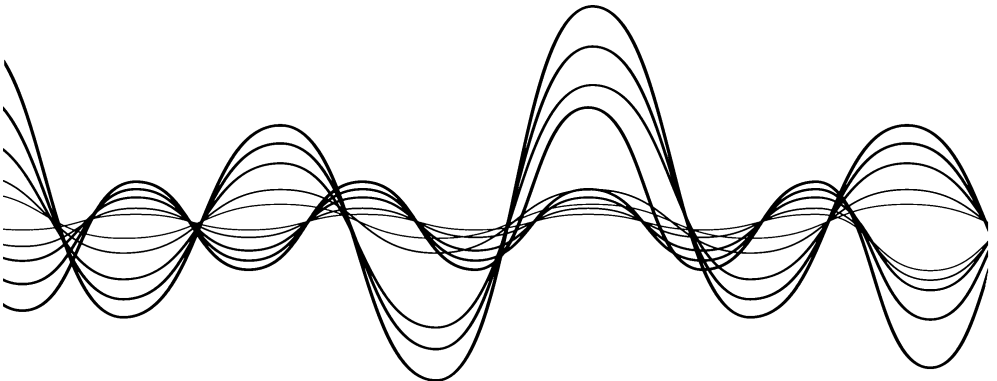


umwelt und energie	s. 6
editorial	s. 3
ouvertüre	s. 4
stadt luzern	s. 15
who is who?	s. 16
kanton	s. 18
gastkolumne	s. 20
ventil	s. 22



# Kostenlos aber nicht umsonst

Weil die Umweltproblematik aus der politischen Diskussion der letzten Jahre praktisch verschwunden ist, unternimmt die Sommerausgabe des Impuls eine Bestandesaufnahme. Gleichzeitig sollen unsere Texte zum Thema Umwelt und Energie daran erinnern, die Umweltanliegen auch in Zeiten voranzutreiben, in denen andere Herausforderungen – wie Arbeitslosigkeit, Sparmassnahmen oder Terrorismusbedrohung – im Zentrum stehen. Umweltpolitik sollte aber nie lediglich Kunst um der Kunst willen sein. Vielmehr geht es darum, einen Dreiklang zwischen ökonomischer Entwicklung, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit herzustellen.

Am vergangenen JCVP-Forum wurde bei einem Brainstorming zur Verkehrsfinanzierung kurz der kostenlose Nahverkehr thematisiert und sogleich als unrealisierbar und vor allem unfinanzierbar wieder von der Ideenliste gestrichen. Meiner Meinung nach würde aber gerade dieses ambitionierte Projekt die oben erwähnten drei Bedingungen erfüllen. Verkehrschaos, Lärm und schlechte Luft, tödliche Unfälle aber auch Erdölknappheit: viele dieser Probleme könnten gelöst werden, würden mehr Leute Bus und Bahn benutzen. Zahlreiche Menschen wären auch bereit, aus ökologischen Gründen das Auto stehen zu lassen, wäre der ÖV nicht wesentlich teurer als das Autofahren. Ist der Nahverkehr zum Nulltarif eine mögliche Lösung?

Die sowohl durch die Einwohnerzahl wie ihre politische und wirtschaftliche Bedeutung mit Luzern vergleichbare flämische Stadt Hasselt macht es vor: Seit Juli 1997 können alle Bürger kostenlos das Bussystem nutzen. Und das tun sie auch: Seit der Einführung des «Grünen Boulevards» ist die Zahl der Fahrgäste achtmal so

hoch wie zuvor, das Busnetz wurde erheblich ausgebaut, die verstopften Strassen entsprechend entlastet, die Zahl der Verkehrsunfälle ging zurück. Aber auch die Wirtschaft profitiert: Der Bevölkerungsschwund in der zuvor wirtschaftlich darbenenden Stadt wurde umgekehrt, neue Geschäfte zogen in die Innenstadt, Steuern und Schulden konnten wegen erhöhtem Konsum und Beschäftigungsgrad gesenkt werden.

Wie lässt sich das finanzieren?, lautet die zentrale Frage. Alles eine Frage der Prioritätensetzung! Der Betrag, mit dem Transportunternehmen für entgangene Fahrkarten entschädigt werden (in Hasselt rund 1% des Stadtbudgets, wobei auch der «Kanton» einen bedeutenden Beitrag leistet), kann beim Strassenbau und -unterhalt eingespart werden, bei Billetautomaten und Kontrolleuren. Die ansteigenden Fahrgastzahlen würden nebenbei auch zur Erhöhung der Einnahmen durch Werbung auf Bahnsteigen und in Bussen führen, Geschäfte in Bahnhofsnähe würden mehr Umsatz machen, was nicht zuletzt die Steuereinnahmen erhöhen und dadurch die Finanzierung des Nulltarifs erleichtern würde. Warum also sollte die belgische Transportrevolution nicht auch in Luzern stattfinden?



Reto Sidler,  
Chefredaktor

# *Ein Innerrhoder Landsgemeindetag*

Am letzten Sonntag im April findet im Kanton Appenzell Innerrhoden jedes Jahr die Landsgemeinde statt. Ein riesiges Volksfest mit politischem Touch oder eher ein wichtiger politischer Akt, den man festlich begeht?

VON MIRIAM SCHNEIDER

## **Die Tradition, erster Akt**

Traditionsgemäss beginnt der Landsgemeindetag mit einem Spaziergang querfeldein nach

Appenzell. Punkt zwölf Uhr beginnt das Spektakel. Der «Ring» auf dem Landsgemeindeplatz, in dem sich das Stimmvolk versammelt, ist gefüllt. Darum herum drängeln sich die Zuschauer. Irgendwo in der Ferne beginnt die Harmoniemusik zu spielen, langsam bewegt sich ein kleiner Umzug auf uns zu. Ich komme mir vor wie an einem Schauspiel. In festlichem Gewand folgen der Musik Fahnenräger mit den Bezirkswappen, die Standeskommission (Regierung) und als Ehrengast Bundesrat Christoph Blocher. Von den einen gefürchtet,



«Getreue liebe Mitlandleute und Eidgenossen» – der Landsgemeindeplatz in Appenzell (Foto: Thomas Hutter)

von den anderen herbeigesehnt geht ein Raunen durch die Menge. Und obschon er die Innerrhoderin Ruth Metzler aus dem Bundesrat verdrängt hat, erklingt kein einziger Pfiff oder Buhruf. Dies liegt wahrscheinlich daran, dass Herr Blocher so volksnah und patriotisch ist wie die Landsgemeinde selbst.

## **Wahlen und Abstimmungen, zweiter Akt**

«Getreue liebe Mitlandleute und Eidgenossen», eröffnet der Landamman traditionsgemäss die Landsgemeinde. Nach der Vorstellung eines Geschäfts wird jeweils das Wort an das Stimmvolk freigegeben und anschliessend abgestimmt oder gewählt. Die Stimmabgabe erfolgt durch Handerheben und per Augennass wird das grössere Mehr eruiert. Bei der Wahl des Landesfährdrichs (Justiz- und Polizeidirektor) will Landammann Carlo Schmid auf Nummer sicher gehen und lässt erstmals seit 1965 auszählen. Toll, denke ich, dass gerade dieses Jahr etwas läuft an der Landsgemeinde. Später, nach vierzig Minuten, als mehr als 3000 Stimmbürger den Ring beim Ausgang ihres Favoriten verlassen und sich wieder an ihren Platz begeben hatten, weiss ich, weshalb Auszählungen möglichst vermieden werden sollen. Man stelle sich vor, das Ganze Appenzeller Stimmvolk hätte teilgenommen, die Auszählung hätte mehrere Stunden

gedauert. (Zudem hätten Touris wie ich keinen Platz mehr auf dem Landsgemeindeplatz!) Weil aber Carlo Schmid seinen getreuen lieben Mitlandleuten und Eidgenossen die Steh-Zeit etwas verkürzen will und dabei wohl vergisst, dass Demokratie nichts Bequemes ist, lässt er über zwei Rückweisungsanträge schlicht nicht abstimmen. Die betroffenen Geschäfte müssen in einem Jahr wiederholt werden.

## **Das Volksfest, dritter und letzter Akt**

Nach dieser herrlichen Demonstration von volksnaher und sehr direkter Demokratie geht man nach dreieinhalb Stunden Stehen und mit dem Segen des Landammanns zum gemütlichen Teil über. Appenzell verwandelt sich innert kürzester Zeit vom Ort ernster Politik in eine grosse Festwirtschaft. Bis in die frühen Morgenstunden wird ausgelassen diskutiert, politisiert und angestossen. Und nach dem Genuss dieses Schauspiels urdemokratischen Geschehens genehmige ich mir eines der herrlichen «Landsgemeindschrempfli», allein derentwegen sich eine Reise zu diesem festlich-politischen Akt lohnt. Und obwohl man sich über Sinn und Unsinn dieses Anlasses streiten kann, wäre es doch irgendwie schade um das schöne Brauchtum und das aufregende Spektakel, würde die Innerrhoder Landsgemeinde eines Tages verschwinden.

# Wie geht es dem Wald?

**Der Wald ist wertvoll: er bietet Schutz vor Bodenerosion, Lawinen und anderen Gefahren, liefert den Rohstoff Holz, speichert und reinigt Trinkwasser, filtert Schadstoffe aus der Luft und wirkt dem Treibhauseffekt entgegen. Vor allem aber ist er Lebensraum für Tiere und Pflanzen und dient uns Menschen als erstklassiges Erholungsgebiet. Nur: Wie geht es dem Wald eigentlich?**

VON JOST RENGGLI

Aus welchem Blickpunkt man den Wald auch betrachtet, er stellt ein gewaltiges Kapital der Schweizer Volkswirtschaft dar: Im Umweltbericht 2002 des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) wird der Wert auf rund 900 Milliarden Franken beziffert. Die gesamte Waldfläche beträgt rund 1,2 Mio. ha (was rund 30% der Landesoberfläche entspricht). Zudem sind in unserem Land rund 7'300 Arbeitskräfte mit der Waldwirtschaft betraut – in der ganzen Holzwirtschaft gar über 70'000 Personen. Der Wald ist ein lebensnotwendiger Wirtschaftsfaktor. Die Frage nach seinem Zustand ist somit nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu notwendig. Insbesondere auch darum, weil es um das Waldsterben seit der Borkenkäfer-Debatte in den achtziger Jahren schon fast unheimlich ruhig geworden ist. Hier eine aktuelle Bestandaufnahme gemäss BUWAL:

• Der Borkenkäfer, der schon nach dem Sturm Lothar sprunghaft zugenommen hatte, konnte sich infolge des heissen Sommers 2003 weiter

vermehren und eine erschreckend hohe Zahl von dürregeschwächten Fichten befallen.

• Über 100 Waldbrände zerstörten 2003 mindestens 450 ha Wald. Einzelne Feuer nahmen katastrophale Ausmasse an: In Leuk (VS), im Calanca-Tal (GR) und im Südtessin. Kostspielige Verbauungen sind jetzt zum Teil nötig, um die Gefahr von Erosion und Erdbeben einzudämmen. Dass im Vergleich mit dem Ausland nicht mehr Grossbrände entstanden, ist auf das gute Warnsystem und die verantwortungsbewusste Haltung der Bevölkerung zurückzuführen.

• Die immer noch zu hohen Schadstoffbelastungen durch Stickstoff, Säure und Ozon, stellen mittel- bis langfristig ein grosses Risiko für den Wald dar.

• Die so genannte Kronenverlichtung, ein Stress-Symptom mit vielen möglichen Ursachen, hat sich seit den achtziger Jahre verdoppelt. Sie ist aber inzwischen stabil, wie auch die Sterberate der Bäume. Im Mittel sterben von Jahr zu Jahr 0,4% der Bäume ab, also einer von 250 Bäumen.

• Weitere Gesundheitsprobleme des Waldes sind gemäss des Landesforstinventars LFI der Verbiss der Jungbäume durch die zum Teil zu grossen Bestände von Reh, Hirsch und Gämse, sowie verschiedene lokale Krankheiten wie das Föhrensterben im Wallis und andere Probleme.

## **Von verschiedenen Seiten bedroht**

Der Wald kämpft also mit verschiedenen Problemen, welche zum Teil auf natürlichen Ereignissen beruhen.



Handeln, bevor es zu spät ist: Als Folge des sauren Regens geschädigte Forstflächen

nissen und Katastrophen basieren. Der Faktor Mensch hinterlässt jedoch nach wie vor seine unverkennbare Spur in der Waldentwicklung: Trotz fortschrittlicher Luftreinhaltepolitik ist der Einfluss von Luftschadstoffen immer noch ein ungelöstes Problem. Diese Emissionen (Säure, Stickstoffoxide, Ozon) liegen über dem verträglichen Mass und stellen für den Wald ein Langzeitrisiko dar. Dies äussert sich unter anderem in der anhaltenden Versauerung vor allem jener Böden, die schon von Natur aus relativ sauer sind, in einem gestörten Nährstoffkreislauf, einer verminderten Standfestigkeit und einer allgemeinen erhöhten Empfindlichkeit der Bäume gegenüber natürlicher Stressfaktoren, was wiederum die die Aufrechterhaltung der Waldfunktionen gefährdet. Dies kann einerseits zur akuten Bedrohung werden, weil in weiten Teilen der Bergregio-

nen ein Überleben ohne Schutzwald nicht möglich wäre. Zum anderen ist der Wald Lebensraum und stellt in unserem Öko-System ein unverzichtbarer Pfeiler dar.

### **Sensibilität wieder herstellen und handeln**

Wenn auch die Waldsterbeproblematik in den achtziger Jahren wohl etwas zu hysterisch lanciert wurde, wäre es verfehlt, das Thema als «unbedeutend» abzutun. Die Tatsache, dass wir uns zur Zeit nicht um den Wald sorgen, hängt meiner Meinung nach nicht von dessen Zustand, sondern viel mehr von der verloren gegangenen Sensibilität der Bevölkerung gegenüber dieser Problematik ab. Wir Menschen neigen dazu, Probleme erst dann anzugehen, wenn die Uhr bereits geschlagen hat. Beim Wald ist es (noch) nicht zu spät. Aber nur wenn wir handeln – und zwar jetzt!

# Alternative Energieträger fördern

Schon seit einigen Jahren wird nach alternativen Energieträgern gesucht, welche die heutigen, auf Erdöl basierenden Treibstoffe ersetzen sollten. Zu Beginn lag die Motivation der Forschung in der Erkenntnis, dass die weltweiten Erdölvorräte nicht unbeschränkt zur Verfügung stehen würden. Heute steht der Gedanke im Vordergrund, dass die Abfallprodukte des Verbrauchs von nicht erneuerbaren Energien die Umwelt erheblich belasten.

Name auf Wunsch des Autors entfernt

Alternative Energieträger, welche heute zum Betrieb von Maschinen und Geräten eingesetzt werden können, gibt es mittlerweile viele. Hauptziel dieser Energieträger ist, einerseits möglichst wenig Abfall zu produzieren, andererseits die natürlichen Ressourcen der Erde nicht zu verbrauchen. Sie sollen den Energiekreislauf der Erde nachhaltig nutzen. Dieses Ziel ist heute zwar nicht mit allen so genannt «alternativen Energieträgern» zu erreichen. Einige – etwa Wasserkraft, Sonnenenergie, Windenergie oder Umweltwärme – kommen diesem Postulat aber sehr nahe. Andere alternative Energieträger sind zwar

nicht erneuerbar und produzieren gewisse Abfallstoffe, sind aber trotzdem weit umweltfreundlicher als Atomkraft oder Erdöl. Zu diesen zählen Erdgas oder biologische Treibstoffe wie Ethanol.

## **Vielseitige Biomasse**

In jedem organischen Material (organische Abfälle oder eigens für die Bioenergieproduktion angepflanzte Rohstoffe) ist Sonnenenergie in Form von Kohlenhydraten gespeichert. Diese können durch Verbrennung, Vergasung oder durch Fermentation genutzt werden. Die Energiegewinnung aus Biomasse stellt deshalb eine erneuerbare und nur wenig schadstoffausstossende Energieform dar. Die Energie aus der Biomasse wird vielseitig genutzt. Die einfachste Energiegewinnung besteht in der Verbrennung des organischen Materials und in der Nutzung der entsprechenden Wärme. Weitere Schritte stellen die Vergärung und die Herstellung von Biogas oder Ethanol dar, welche die Biomasse chemisch in andere, effizientere Energieträger wandelt und für weitere Anwendungen, zum Beispiel im Strassenverkehr, zugänglich macht. Mittels einer Wärmekraftkoppelungsanlage kann in einer Biogasanlage auch Strom produziert werden.

### **Einsatz alternativer Energieträger im Strassenverkehr**

Der Strassenverkehr ist heute der grösste Produzent von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Die Klimakonvention von Rio, welche im Protokoll von Kyoto konkretisiert worden ist, verlangt den Abbau des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in die Atmosphäre. Erdgas und Biogas als zumindest schadstoffärmere Varianten eines Verbrennungsmotors findet zur Zeit immer mehr Verbreitung. Neben Gasheizungen von Häusern und den erdgasbetriebenen Kochherden werden auch immer mehr gasbetriebene Autos auf dem Markt angeboten. In der Schweiz sind zur Zeit jedoch erst etwa 730 gasbetriebene Motorfahrzeuge in Betrieb. Fast 40 % des im schweizerischen Strassenverkehrs verbrauchten Gases ist Biogas, welches mit zusammen mit Erdgas eingesetzt werden kann. Diese Entwicklung geht einher mit dem Aufbau eines entsprechenden Tankstellennetzes, welches heute aber noch keine flächendeckende Verbreitung von gasbetriebenen Motorfahrzeugen ermöglicht, jedoch bis Mitte Jahr auf 44 Tankstellen angewachsen sein sollte. In der Zentralschweiz sind zur Zeit zwei Erdgastankstellen in Betrieb, eine befindet sich in Luzern, die andere in Zug. Bis im Jahre 2006 ist aber vorgesehen, das

schweizweit mindestens 100 Erdgastankstellen in Betrieb genommen werden, so dass in den wichtigsten Zentren und Agglomerationen die Erdgasversorgung gewährleistet werden kann. Diese Entwicklung ist zu begrüssen, für eine grossflächige Verbreitung von Gasfahrzeugen ist jedoch noch viel Zeit und Ausdauer gefordert. Unterstützt wird die Entwicklung durch teilweise grosszügige Erleichterungen der Motorfahrzeugsteuern.

### **Forschung weiter fördern**

Die Förderung alternativer Energieträger ist heute nach wie vor ein wichtiges Anliegen. Die Forschung nach besseren Verfahren zur Gewinnung von Alternativenergien sowie nach Erreichung einer Alltagstauglichkeit der Anwendungen ist gerade angesichts der Abfallproblematik, insbesondere der immer noch aktuellen CO<sub>2</sub>-Problematik und auch der nicht unbeschränkt vorhandenen Erdölressourcen wichtig. Dazu braucht es die Unterstützung durch Informationen, Investitionshilfen und Steuererleichterungen seitens der staatlich zuständigen Stellen und natürlich den entsprechenden politischen Boden dazu. Es wäre nicht verständlich, wenn heute aufgrund eines kurzfristigen Profitdenkens die Chancen, welche diese alternativen Energieträger bieten, nicht erforscht und genutzt werden könnten.



# Für weniger Gestank und mehr Grün

Um die Vermittlung von Umweltinformationen gerade auch im Bereich der Alltagsökologie möglichst unbürokratisch und zielgerichtet sicherzustellen, wurde 1987 in der Stadt Luzern das öko-forum gegründet. Seit 17 Jahren leistet es wertvolle Basisarbeit.

## VON ARMIN BARMET

Das öko-forum, die Umweltberatungsstelle der Gemeinden Luzern, Meggen, Adligenswil, Ebikon, Buchrain, Root und Sursee, befindet sich im Gebäude des Bourbaki-Panorama, wo mich Andreas Wyler, Natur- und Umweltfachmann und stellvertretender Leiter des öko-forums, zum Gespräch empfing. Auf die Frage, wie radioaktives Material zu entsorgen sei, antwortet Wyler: «Sicher müsste man die Stoffverordnung konsultieren. Ich würde Sie ans kantonale Amt für Umweltschutz verweisen, das in solchen Fällen sogar angefragt werden will.» Bereits hier wird klarer, was der eigentliche Sinn und Zweck der Umweltberatungsstelle ist. Im Bereich Alltagsökologie können Berater kompetent Auskunft geben. Bei komplexeren Anliegen verweisen sie rasch an zuständige Stellen oder Fachliteratur. Dadurch entlastet das öko-forum als Erstanlaufstelle für Umweltfragen andere Behörden.

## **Gefragte Dienstleistung**

Das öko-forum wird praktisch vollständig durch Subventionen und Stiftungsbeiträge finanziert, zumal die Beratungen kostenlos sind. Im Jahr 2003 führte das öko-forum mehr als 10'000 Beratungen durch. Anfragen aus den Bereichen Garten, Abfall, Energie, Bauen oder Haushaltschädlinge führen die Rangliste an. Zweites wichtiges Standbein ist die eigene Bibliothek, die mit rund 3'500 Büchern und zahlreichen Videos, DVDs, CD-ROMs und Umweltspielen bestückt und in das elektronische Katalogsys-

tem der Stadtbibliothek integriert ist. Auch mit öffentlichen Veranstaltungen leistet das Forum ökologische Bewusstseinsbildung. So wurde im Mai am traditionellen Luzerner Samschtig-Mäart unter dem Titel «Kein Gestank aus dem Tank» auf Öko-Treibstoffe für Rasenmäher aufmerksam gemacht, welche die Umwelt- und Gesundheitsbelastung spürbar verringern.

## **Ungewisse Zukunft**

Das Luzerner Stadtparlament reduzierte im November 2003 den Beitrag an das öko-forum bis ins Jahr 2007 von 130'000 auf 100'000 Franken. Viel wird vom Geld abhängen, ob es die Umweltberatungsstelle in zwanzig Jahren noch gibt. Andreas Wyler wagt keine Prognose, für ihn steht aber fest: der Bereich Umwelt wird mit Sicherheit auch in Zukunft ein Thema bleiben. Auch meiner Meinung nach gibt es viele gute Argumente, die für ein Beratungsangebot im Bereich Umweltinformation und -schutz sprechen. Und auch finanziell geht die Rechnung unter dem Strich auf, zumal schädliches und ausbeuterisches ökologisches Verhalten neben den direkten Aufwendungen zahlreiche Folgekosten verursachen. Man denke zum Beispiel an das Gesundheitswesen und die Höhe der Krankenkassenprämien.

Grundsätzlich wäre es natürlich schön, wenn die Luzernerinnen und Luzerner ganz selbstverständlich für einen schonenden und kreativen Umgang mit der Umwelt sensibilisiert wären. Wer weiss, vielleicht mutiert die Beratungsstelle ja eines Tages zu einer Ideenaustauschbörse, in der Menschen einander von ihren Umweltaktivitäten und -projekten erzählen – halt zu einem wirklichen Öko-Forum.

öko-forum, Umweltberatung Luzern, Bourbaki Panorama Luzern, Löwenplatz 11, 6004 Luzern; Tel. 041 412 32 32, Fax 041 412 32 34, oeko-forum@umweltberatung.ch

# Braucht es die Grünen noch?

**Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie herrscht in der Schweizer Bevölkerung ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein. Ist somit in der Schweiz bezüglich Umwelt und Umweltpolitik alles zum besten? Braucht es also überhaupt noch eine Grüne Partei?**

VON ANDREAS BORER

Nun wissen wir es also wieder einmal: Wir Schweizerinnen und Schweizer haben ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein. Was die Abfallverwertung anbelangt, sollen wir gar einen europäischen Spitzenplatz belegen. Und tatsächlich scheint es, als ob in den letzten Jahren in der Umweltpolitik doch einiges gegangen wäre: stetiger Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Fortschritte beim Gewässerschutz und bei der Abfallverwertung und so weiter. Bei dieser Ausgangslage kann man sich nun fragen, ob es jene Partei noch braucht, welche von sich selber behauptet, die einzige Partei zu sein, die wirklich konsequent die Umweltpolitik immer wieder aufs Tappet bringe, nämlich die Grünen.

## **Umweltbewusstsein vs. hohe Mobilität**

Die Antwort gibt die eingangs erwähnte Studie gleich selbst. Danach soll nämlich das Umweltbewusstsein der Schweizer Bevölkerung derzeit dort aufhören, wo die grenzenlose Mobilität eingeschränkt wird, was sich leicht spüren lässt: stetige Zunahme des motorisierten Verkehrs, ständiger Stau und verstopfte Strassen. Waldsterben, Treibhauseffekt und Luftqualität hingegen sind im Alltag kaum noch ein Thema. Auffallend ist auch, dass diese Themen seit Beginn der Rezession anfangs der Neunziger Jahre aus dem politischen Vokabular verschwunden sind. Die meisten Poli-

tiker scheuen sich offenbar, diese Worte auch nur zu erwähnen, aus Angst, sie könnten damit als Wachstumsverhinderer und Arbeitsplatzkiller gelten.

Mir scheint aber, dass gerade in der heutigen Zeit ein neues Mobilitätsbewusstsein nötiger ist denn je. Tatsache ist nämlich, dass der Wald trotz Katalysatoren immer noch nicht gesund ist. Tatsache ist weiter, dass die fossilen Brennstoffressourcen beschränkt sind. Und Tatsache ist ebenfalls, dass die globale Klimaerwärmung kein Hirngespinnst irgendwelcher Wetterforscher ist. Es fällt auf, dass sich auf den Internetseiten der bürgerlichen Parteien kaum Lösungen für diese Probleme finden lassen. Absolut prioritär ist offenbar der Aufschwung. In diesem Sinne bin ich der Meinung, dass es die Grünen immer noch braucht.

## **Wie grün ist die Grüne Partei?**

Was ich jedoch bei dieser Partei in letzter Zeit etwas vermisse, ist die klare Fokussierung auf ihre Kernkompetenz, nämlich die Umweltpolitik. Zu sehr geriet sie in letzter Zeit in Gebiete, welche nicht unbedingt zu den Kernthemen einer Umweltpartei gehören. Dies aber lässt sich wohl mit dem Dilemma erklären, in welche eine Umweltpartei zwangsläufig gerät. Gerade weil die grenzenlose Mobilität heutzutage einen derart grossen Stellenwert hat, lassen sich wohl nur wenige Wähler finden, welche vorbehaltlos für eine mehr oder weniger radikale Einschränkung derselben einstehen. Und wer ist schon bereit, sich selbst in seiner Mobilität einschneidend einzuschränken, damit er für die Politik, die er vertritt, glaubwürdig scheint?

**Fortsetzung auf Seite 11 unten**

# Umweltpolitik beginnt zu Hause

**Mit einer aktiven Umweltpolitik kann der Staat Einfluss auf das Verhalten der Bürger und somit den Umwelt- und Naturschutz nehmen. Eine Auswahl von umweltpolitischen Massnahmen und Kampagnen in der Schweiz und im Kanton Luzern.**

VON THERESIA JUND

«Gib 8!» ist der Name einer Informationskampagne. Acht geben sollen in erster Linie die Baubewilligungsbehörden, Planende, Bauherren und das Baugewerbe. Acht geben sollen sie auf die Luftbelastung an Baustellen. Um diese zu verringern, hat der Bund im September 2002 mit den «Baurichtlinien Luft (BauRL)» 56 Massnahmen in Kraft gesetzt. Acht davon haben die Zentralschweizer Umweltdirektionen als prioritär eingestuft. Diese Massnahmen dienen vorwiegend der Staubekämpfung, vermindern Schadstoffe aus thermischen und chemischen Arbeitsprozessen und reduzieren Baumaschinenabgase. Sie alle haben ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis, sind sofort umsetzbar und relativ

einfach zu kontrollieren. Ein Beispiel ist das Partikelfilter-Obligatorium, eine sehr effiziente Massnahme zur Schadstoffreduktion, weil Partikelfilter bis zu 99% der gesundheitsschädigenden Russ-Teilchen der Abgase zurückhalten. Im Gegensatz zur übrigen Schweiz, wo das Obligatorium ab 2007 gilt, wird es in der Zentralschweiz ab sofort auch bei mittelgrossen Baumaschinen eingeführt. Weitere Massnahmen betreffen etwa lösungsmittelfreie Produkte zur Oberflächenbehandlung, Spezialbenzin für Arbeitsgeräte oder die Schulung von Personal.

## **In Berührung mit dem Boden**

Neben «Gib 8!» führen die Zentralschweizer Kantone und der Kanton Aargau ein weiteres Projekt, «In-Luft», durch, bei welchem die Schadstoffbelastung gemessen und diese aktuellen Daten ausgewertet werden.

Die nationale Aktion «Erlebnis Boden» soll zur Problemlösung zwischen den Bereichen Raumplanung (Flächenverbrauch, Zuteilung von Nutzungszonen), Bauen (Umgang mit dem Boden) und Landwirtschaft (Bodenverdich-

Zu hoffen bleibt, dass sich auch bei den bürgerlichen Parteien sowie bei der SP wieder Köpfe finden lassen, welche sich getrauen, die Frage der grenzenlosen Mobilität wieder vermehrt aufs Ta-

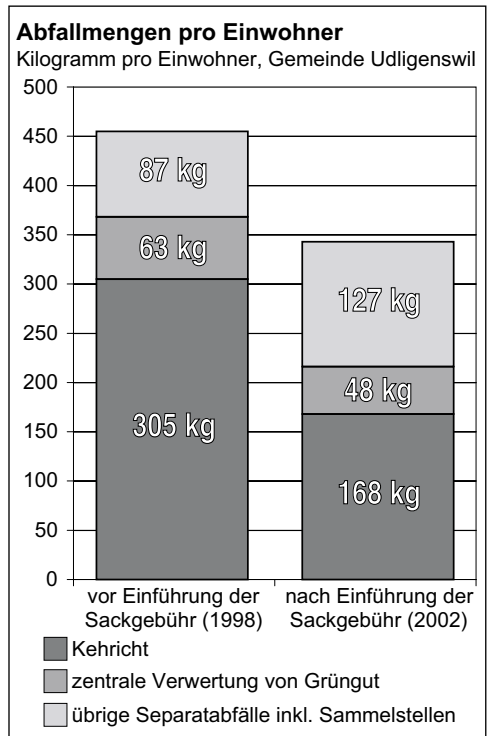
pet zu bringen und zu hinterfragen. Erwähnt werden darf bei dieser Gelegenheit, dass sich die JCVP des Kantons Luzern für eine drastische Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses stark macht.

tung, Nährstoffhaushalt) führen. Ebenso soll die Kampagne dazu beitragen, dass an Publikumsveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit und Fachveranstaltungen für Bau- und Landwirtschaftsveranstaltungen möglichst viele Personen mit dem Boden «in Berührung» kommen. Die Ausstellung «Erlebnis Boden» macht sichtbar, dass sich ein schonender Umgang mit Böden langfristig auszahlt. Wer Boden bearbeitet, verschiebt, verändert und transportiert, kann sich einen Einblick in geeignete Methoden verschaffen, die während der Bauarbeiten einen optimalen Schutz der Böden gewährleisten. (Ausstellungsdaten: 7.6.-24.7. Alberswil, 27.7.-5.9. Engelberg, 23.10.-1.11. Messe Zug)

**Abfallmenge dank Sackgebühr reduziert**

Eine umweltpolitische Massnahme, mit der auch der Durchschnittsbürger vertraut ist, war die Einführung der verursachergerechten Abfallgebühren. Wie die Illustration zeigt, liess die Einführung der Sackgebühr die Abfallmenge pro Einwohner beachtlich senken. Auch die Menge der separat gesammelten, verwertbaren Abfälle stieg leicht an, das Recyclingpotential ist jedoch noch lange nicht ausgeschöpft. Leisten also auch wir unseren Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz, Möglichkeiten gibt es genug. Politische Mass-

nahmen, Gesetze und andere Abkommen tragen letzten Endes keine Früchte, wenn nicht jeder bei sich zu Hause oder in der Firma einen guten Samen streut.





# *Gemeinsam für autofreie Sonntage*

**Zusammen mit anderen Jungparteien sammelte die JCVP Stadt Luzern 1600 Unterschriften für die Initiative «Sonntag fürs Auto». Die Aktion geht ursprünglich auf eine Idee des Kinderparlaments zurück.**

Die Idee autofreier Sonntage wurde auf vielen politischen Ebenen bereits mehrfach aufgegriffen und verschiedenste Interessengruppen haben ihre Argumente durch die Presse gewälzt. Bis anhin von dieser Diskussion ausgeschlossen blieben jedoch die – in meinen Augen – am meisten Leidtragenden des täglichen, urbanen Verkehrschaos: die Kinder. Zwar versuchte das Kinderparlament im November 2000 mit einem Postulat dem Stadtrat Druck aufzusetzen, doch dieser lehnte den Vorschlag ab. Am zehnten Geburtstages des Kinderparlaments wurde dessen Vorstand dann vom Jugendparlament der Stadt Luzern ein Gutschein für 800 gültige Unterschriften zu einer Initiative übergeben, welche den Stadtrat zwingen soll, das Anliegen der Kinder wieder aufzunehmen.

## **1600 Unterschriften für 2 autofreie Sonntage**

In Rekordzeit gelang es dem Jugendparlament Anfang dieses Jahres, die versprochenen Unterschriften zu sammeln. Durch die tatkräftige Unterstützung der Stadtluzerner Jungparteien Junges Grünes Bündnis, JUSO, den Jungfreisinnigen und natürlich auch der JCVP gelang es zudem, weitere 800 Unterschriften zu sammeln, so dass wir am 25. Februar dem Stadtrat mit 1600 Unterschriften doppelt so viele wie eigentlich nötig einreichen konnten.

Die Initiative «Sonntag fürs Auto» fordert, dass an zwei Sonntagen pro Jahr sämtliche städtischen Strassen für den privaten Individualverkehr von 08.00 bis 20.00 Uhr gesperrt werden. Davon ausgenommen sind Fahrten des Öffentlichen Verkehrs sowie zu Gunsten von mobilitätsbeschränkten Leuten. Ebenfalls wird der Funktion der Stadt Luzern als Verkehrsknotenpunkt der Agglomeration insofern Rechnung getragen, als alle Kantonsstrassen weiterhin genutzt werden können.

## **Volksabstimmung voraussichtlich 2005**

Die Tatsache, dass wir die benötigten 800 Unterschriften bereits nach zwei Sammeltagen zusammen hatten und schliesslich über mehr als 1600 gültige Unterschriften verfügten, zeigt auf, dass die Luzernerinnen und Luzerner sehr wohl ein Ohr für die Anliegen der ganz Kleinen haben. Dass diese Initiative sowohl finanziell, wie auch ideell gänzlich ohne Unterstützung der Mutterparteien zustande kam, zeigt mir im weiteren auf, dass auch Jungparteien viel erreichen können, wenn sie ihre Kräfte bündeln und zusammen arbeiten anstatt sich – wie oftmals ihre Mutterparteien – gegenseitig zu paralysieren. Die Initiative wird gegenwärtig von der Stadtkanzlei auf ihre Gültigkeit geprüft und wird voraussichtlich im Frühjahr 2005 dem Volk vorgelegt werden.

Frédéric Müller, Präsident JCVP Stadt Luzern,  
Initiativkomitee "Sonntag fürs Auto"

Weitere Informationen zur Initiative auf der Homepage des Initiativkomitees: [www.autofreilu.ch](http://www.autofreilu.ch)

## «JCVP Kriens setzt der Politik den Stempel auf»

In einer neuen Serie stellen wir ab sofort die Amts-, Regional- und Ortsparteien der JCVP Kanton Luzern vor. Dies kann in unterschiedlichen Textformen wie Interview, Porträts oder Anlassbericht geschehen. Heute gewährt uns die wieder gewählte Einwohnerrätin Daniela Stutz Einblick in die konkrete Arbeit im Krienser Parlament.

VON RAPHAEL PRINZ

**Daniela Stutz,**  
Einwohnerrätin  
der JCVP Kriens



*Daniela, du wurdest letztlich souverän wieder in den Krienser Einwohnerrat gewählt. Wie hast du den Wahlkampf erlebt?*

Es war eine sehr strenge Zeit. Die vielen Aktionen und Veranstaltungen führten zu einem Schlafdefizit und um mich herum drehte sich fast alles nur noch um die Politik. Aber der Austausch mit den Menschen, die Reaktionen auf die überparteiliche Wäscheleinaktion oder auf unsere Schoggitalerflyer übertrafen meine Erwartungen. Es ist uns gelungen, trotz eingeschränktem Budget innovativ und «spritzig» aufzutreten. Der Leistungsausweis der JCVP Kriens in den vergangenen Jahren war aber auch beachtlich, was

sicher zu diesem Erfolg beigetragen hat. Es ist ein supergutes Gefühl, die JCVP Kriens in der nächsten Legislatur im Parlament vertreten zu dürfen.

*Worauf freust du dich am meisten?*

Dass ich Kriens mitgestalten kann. Die JCVP Kriens setzt auch in Zukunft der Krienser Politik ihren Stempel auf!

*Zur konkreten Arbeit im Krienser Einwohnerrat: Gerade hast du einen neuen Vorstoss ausgearbeitet. Worum geht es?*

Im Dezember wurde meine Interpellation zur Sanierung der Luzernerstrasse vom Rat für dringlich erklärt und sofort behandelt.

*Welche weiteren Vorstössen machtest du in den letzten Jahren?*

Da waren die Motion zur Umsetzung des Leitbildes für Menschen mit einer Behinderung (Eingegeben von Kathrin Graber), die Interpellation betreffend Zusammenlegungen der Zivilstandsämter, die Motion Öffnung Sparpaket und das «Postulat auf der grünen Wiese», welche einmal jährlich eine Sitzung ausserhalb der gewöhnlichen Räume, zum Beispiel in einer Schule, anstrebte und noch von durch Kathrin Graber eingereicht wurde.

Bereits früher setzte sich die JCVP im Einwohnerrat für die Interessen der Jugendlichen ein, etwa mit der Interpellation Jugendbeauftragte/r für Kriens (2000), der Motion «Beteiligung am kant. Projekt Jugendpartizipation» (1998), dem Jugendforum für die Gemeinde Kriens (1992) oder der Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalter 18 in Kriens (1986).

*Wie hoch ist die Erfolgsquote der Motionen und Anfragen?*

In Prozenten kann ich dies nicht beurteilen. Feststeht, dass sehr viele Vorstösse der JCVP umgesetzt wurden. So hat Konrad Graber 1989 bereits kostendeckende Kehrlichtgebühren gefordert. In Kriens gehört heute ein/e Jugendbeauftragter/-in ebenso dazu wie der Jugendrat.

*Ist es schwierig, im Rat eine Mehrheit zu beschaffen?*

Es ist sicher nie einfach, im Rat eine Mehrheit zu erhalten. Die Mehrheit des Rates muss überzeugt werden. Hierzu ist es wichtig, fundierte Argumente zu finden und sich den Fragen und Kritiken zu stellen.

*Die SVP hat neu sechs von dreissig Einwohnerräten, alles Männer. Wie erlebst du diese im Rat?*

Ich stellte fest, dass die SVP vielfach auf der emotionalen Ebene diskutiert. Dabei fehlen mir die Fachebene und sachliche Diskussionen.

*Wie ist allgemein die Stimmung im Rat, auf der persönlichen und auf der sachlichen Ebene?*

Sehr gut, so lange es nicht um Einbürgerungen und um die Pensionskasse geht. Aber eben, die Emotionen können auch ansteigen, wenn über ein Geschäft verschiedene Meinungen vorherrschen. Wichtig ist, dass auch nach einer «verlorenen» Debatte immer noch anständig miteinander umgegangen wird.

*In welchen Kommissionen hast du Einsitz und wie wichtig sind diese für die politische Arbeit?*

Ich bin in der Finanzkommission und in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK). Alles Finanzielle wird in diesen Kommissionen vorberaten. Weil die meisten Geschäfte mit Geld zu tun haben, werden diese in der FGK behandelt, so dass ich mich mit den

meisten Geschäften intensiv auseinander setze und auch vorgängig Einfluss nehmen kann. Gut finde ich, dass die FGK wegen der Parlamentsreform kein «Status Symbol» mehr ist und andere Kommissionen die Anträge auch beraten.

*Was gibst du einem politisch interessierten jungen Menschen mit auf den Weg, der auch einmal Einwohnerrat werden möchte?*

Ein Puzzle wird nur zu einem Bild, wenn alle Teile schön auf einander stimmen. Im Einwohnerrat hast du die Möglichkeit, Ecken und Kanten aber auch unscheinbar kleine Teile dazu beizusteuern. Die aktive Politik und fundierte Diskussionen sind unglaublich spannend, auch wenn das Resultat nicht auf Anhieb der eigenen Meinung entspricht. Habe Mut und politisiere, du wirst es nie bereuen!

## JCVP KRIENS

Kontaktadresse: Daniel Piazza, St. Niklausengasse 17, 6010 Kriens

Mitglieder: ca. 15 aktive, ca. 30 gelegentlich

Vorstand: Daniel Piazza (Präsident), Paloma Martino (Vize-Präsidentin), Patrick Carlin (Finanzen), Raffael Zeder (Presse), Thomas Ruf (Bärebiss)

Rats- und Kommissionssitze: Daniela Stutz (Einwohnerrat), Eva Dörig-Meierhans (Schulpflege), Lea Stöckli (Umwelt und Naturschutzkommission)

Wichtigste Aktivitäten: Träff etwa alle sechs Wochen, dazu: Grillplausch, JCVP-Z'morge, Sonnenblumenaktion, Chlaushöck, Minigolf, Stand an der Chilbi; Organisation von Anlässen (Podien, «Krienser Elefantenrunde» etc.); viermal jährlich erscheint das Krienser JCVP-Organ «Bärebiss» mit dem neuesten aus Politik, Partei und Vermischtes.

Motto: Politik muss nicht immer ernst sein. Auch Geselligkeit kommt nicht zu kurz. Auch für politische Anfänger geeignet.



# *Neue Themen sorgen für Aufwind*

**Die JCVP Kanton Luzern will sich nach den intensiven Wahlen der letzten anderthalb Jahre wieder verstärkt mit neuen, innovativen Ideen profilieren. Am diesjährigen JCVP-Fourm vom 8. Mai diskutierten die Jungpolitiker die seit März im Rahmen des Projekts «upwind» eingegangenen Vorschläge und Forderungen.**

Die Strategieguppe um ihren Leiter René Gmür lockte die Jugendlichen für das Forum ausnahmsweise nicht in die Stadt Luzern, sondern nach Nebikon. Trotz der teilweise langen Anreisewege bereute letztlich niemand sein Erscheinen, denn die grosszügigen Räumlichkeiten (inklusive Kino für die Abendunterhaltung), das abwechslungsreiche Programm und vor allem die tolle Bewirtung durch Hauptorganisator Martin Fischer übertrafen alle Erwartungen. Im Fokus stand aber das Projekt «upwind». Die JCVP wollte zu drei Problemstellungen erste Lösungsansätze diskutieren. Dabei wurde während des Tages traditionsgemäss in drei verschiedenen Workshops gearbeitet.

## **Verkehrsfinanzierung**

Die JCVP beschäftigte sich bereits vor zwei Jahren in einer Arbeitsgruppe sehr intensiv mit der Verkehrsproblematik. Auch im Workshop «Verkehrsfinanzierung» wurden gewisse Aspekte des damals erarbeiteten Positionspapiers wieder aufs Tapet gebracht. Insbesondere das «Road Pricing» fand grosse Zustimmung. Die genaue Ausgestaltung dieser einschneidenden, aber sinnvollen Massnahme blieb jedoch ein Diskussionspunkt. Während sich die Mehrheit aus organisatorischen Gründen gegen ein flächendeckendes System aus-

sprach und darum Road Pricing nur in den Städten einführen will, erhofft sich die Gegenseite mit einer nationalen, verursachergerechten Strassenbenützungsgebühr eine Vereinheitlichung der Verkehrsfinanzierung und nicht zuletzt eine verstärkte Lenkungswirkung. Selbstverständlich verharrten die Gespräche nicht nur beim Thema Road Pricing. Auch weitere Finanzierungsvorschläge, wie beispielsweise eine Erhöhung der Autobahnvignette oder der Mineralölsteuer, wurden ausführlich durchleuchtet. Sogar die Möglichkeit der Gratisbenützung des öffentlichen Verkehrs bot Diskussionsstoff.

## **Föderalismus Schweiz**

Der Föderalismus innerhalb der Schweiz ist ein wichtiger Pfeiler der hiesigen Demokratie. Das Schweizer System mit den drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde beherbergt neben den vielen Vorteilen aber auch verschiedene Gefahren. Die JCVP erhofft sich eine Optimierung des Systems. Wie sich während des Workshops «Föderalismus Schweiz» deutlich zeigte, müssen Gemeindefusionen noch vermehrt forciert werden. Wünschenswert wäre ein Kanton Luzern mit rund zehn bis zwanzig Gemeinden, die jeweils mit einem Parlament bestückt sind. Schiffbruch erlitt allerdings die Idee, dass auch Fusionen zwischen Kantonen angestrebt werden sollten. Insbesondere der mögliche Verlust der Bürgernähe scheint für diesen Entscheid den Ausschlag gegeben zu haben. Im Workshop wurde auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kanton aufgegriffen. So äusserten Teilnehmer unter anderem den Wunsch nach einer nationalen Spitalplanung, einer stärkeren Bundespolizei, einer Vereinheitlichung der

Strafprozessordnungen und nach einer besseren nationalen Koordination der Lehrmittel und Lehrpläne.

### Lebensmodell 60/60

Obwohl die Frauen heutzutage mehrheitlich ebenfalls erwerbstätig sind, zeigen diverse Statistiken deutlich, dass sich weiterhin vorwiegend die Frauen um die Familienarbeit kümmern. Veränderungen in der Rollenverteilung sind zwar unzweifelhaft feststellbar, doch die JCVP möchte diesen Prozess beschleunigen. Darum beschäftigten sich die Jungpolitiker im Workshop «Lebensmodell 60/60» mit potenziellen Massnahmen in verschiedenen Bereichen (Wirtschaft, Kinderbetreuung, Sozialversicherungen, Steuern, Gesellschaft) mit

Zwar ergibt sich für die Unternehmung dadurch ein organisatorischer Mehraufwand, gleichzeitig arbeiten die Angestellten aber effizienter und motivierter.

### Einblicke in die Verfassungskommission

Die endgültigen Forderungen in den thematisierten Bereichen erarbeitet die Strategiegruppe in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Vorstand in den nächsten Monaten. Neben der Präsentation der Resultate aus dem Projekt «upwind» wird im Herbst zusätzlich die Vernehmlassung zur neuen Kantonsverfassung die JCVP Kanton Luzern auf Trab halten. Schliesslich sind einige wichtige Anliegen im Entwurf enthalten (Stimmrechtsalter 16, einheitliches Einbürgerungsverfahren). Erika Stutz,



Mitglied der JCVP und der Verfassungskommission, stellte am Forum die Neuerungen des Entwurfs vor und ermöglichte der Jungpartei dadurch einen sehr interessanten Einblick in die Kommissionsarbeit.

Im Anschluss an den offiziellen Teil verstummten die politischen Gespräche zwar

dem Ziel, Arbeitspensen von je sechzig Prozent für beide Partner zu ermöglichen. Selbstverständlich ist ein staatlicher Zwang zur neuen Arbeitsteilung weder sinnvoll noch realistisch. Vielmehr sollte gezielt ein Paket an Anreizen geschaffen werden. Die JCVP ist überzeugt, dass dringend mehr Teilzeitstellen in der Wirtschaft angeboten werden müssen.

nicht vollends, doch blieb genügend Platz für ein Spaghettiesen, eine Vorführung im Privatkino, eine Partie Billard und sogar eine Darbietung am Klavier. Das JCVP-Forum war wieder einmal ein voller Erfolg!

Christian Blunsch,   
 Pressechef JCVP Kanton Luzern

# *Jugendarbeitslosigkeit*

Im März '04 registrierten wir in der Schweiz 4105 arbeitslose Lehrlinge, davon fast zwei Drittel Männer. Die Zahl ist im Moment wegen dem nahenden Schulschluss leicht abnehmend. Im Dezember '03 waren es allerdings 5277, im Jahr zuvor 3148, im Dezember '01 «nur» 1645. Daraus lässt sich schliessen und muss uns zum Überlegen anregen, dass sich der Lehrbeginn laufend hinausschiebt. Reifere Lehrlinge sind begehrter, doch das ist ein Rattenschwanz. Die Konkurrenz ist angelaufen.

Im März '04 waren im Kanton Luzern von den 15-24jährigen 4,4 % arbeitslos, im Kanton Zürich als Beispiel 6 %. Schweizweit sind es mehr als 30'000. Von den 25-49jährigen kommen nochmals mehr als 100'000 Leute dazu. Männer trifft es häufiger als Frauen, Westschweizer/innen und Tessiner/innen häufiger als junge Menschen aus der Deutschschweiz. Der Zahlenvergleich beweist, dass sehr viele nach der Lehre oder dem Studium keine Stelle finden.

Jugendliche und junge Erwachsene sind bereit, selbständig und selbstverantwortlich zu leben. Diese Leute wollen ihre Fähigkeiten beweisen, auf eigenen Beinen stehen und sich von den Eltern abnabeln. In diesem Alter arbeitslos zu sein bedeutet oft, wegen mangelnder Perspektiven aus der Tagesstruktur zu

fallen, finanziell abhängig zu bleiben, in der natürlichen Entwicklung seelisch und beruflich gehemmt zu werden. Die überschüssige, nicht genutzte Energie dieser Jungen verleitet gern zu Kraftaktionen und im übelsten Fall zu Gewaltszenen.

Die Wirtschaft ist ebenso unter Druck! Stellen werden abgebaut. Neue Berufsfelder für Lehrlinge werden angepasst (z. B. KV-Reform) und bringen Unruhe in den Betrieb. Die Zeit für die Einführung von Lehrabgängern ist eng. Berufserfahrene werden darum bevorzugt. Oft werden arbeitslose Jugendliche als Praktikanten eingestellt. Sie haben tiefere Löhne, die soziale Verantwortung ist geringer, wenn die Aufträge zurückgehen, können sie wieder entlassen werden. Die Kurzlebigkeit siegt und auf Konstanz der Arbeitnehmer-schaft wird weniger geachtet.

Als Politikerin beobachte ich diese Entwicklung mit Sorgen. Dem Thema muss vermehrt Beachtung geschenkt werden, da im Moment noch starke Jahrgänge auf den Markt drängen. Die Idee von Praktikantenstellen ist eine denkbare und attraktive Unterstützung. In Deutschland etwa haben die so genannten Minijobs als ähnliche Lösung positive Resultate gezeigt. Die Wirtschaft profitiert von jungen, innova-

tiven Anregungen und tieferen Löhnen. Jungen Menschen wird die Möglichkeit geboten, erste Berufserfahrungen zu gewinnen und die Arbeitswelt kennen zu lernen. Das Risiko des Ausnützens und eines eventuellen Missbrauchs benötigt Regeln, die vermutlich die Politik festlegen muss. Dies könnte über das Festlegen eines Prozentsatzes zu der ganzen Belegschaft und zeitlich begrenzt sein. Ich könnte mir auch vorstellen, dass Firmen, die Praktikumsstellen bieten, von steuerlichen Entlastungen profitieren könnten, genau wie dies die CVP für Lehrstellen-Betriebe fordert. Zudem könnten angepasste Saläre durch die Arbeitslosenkasse mitgetragen werden. Beschäftigung und ein Entgelt für Arbeit ist mehr Anerkennung für die Menschen als Arbeits-

losengeld oder Sozialhilfe. Das fordert Flexibilität und unbürokratisches Verhalten, wäre jedoch mit Sicherheit ein Gewinn für beide Seiten!



Doris Leuthard,  
Nationalrätin  
Die Juristin und  
Rechtsanwältin aus  
Mereschwand AG hat  
Jahrgang 1963. Als  
Vize-Präsidentin der  
CVP Schweiz leitet sie  
zurzeit die Partei. Die  
Gastautorin äussert  
sich hier zu einem frei  
gewählten Thema.

### **In eigener Sache**

Für drei langjährige Redaktoren ist heute Darniere: **Andreas Borer**, Name auf Wunsch des Redaktors entfernt und **Raphael Prinz** beenden mit dieser Ausgabe ihre Impuls-Karriere. Euer Engagement und eure Texte waren eine Bereicherung für uns alle: herzlichen Dank!

Für Nachwuchs sorgte dafür der ehemalige Chefredaktor **Othmar Elmiger**, der am 13. März Vater wurde. Wir gratulieren Othmar und Judith und wünschen den jungen Eltern viel Freude mit ihrer Tochter **Nina Junia**!

## *Und wir sparen munter weiter...*

**Weshalb tut sparen gerade in der Bildung so weh? Und weshalb sparen wir unsere Zukunft und unser Wissen weg?**

VON RITA MATTER

Ich liebe meinen Schultag. Weg vom Berufsstress, ein Tag für mich. Erholsam und lehrreich. Die Schulbank drücken, Neues lernen und dabei Theorie und Praxis miteinander verbinden. Ich gebe zu, der morgendliche Buchhaltungskurs ist theoretisch, aber sehr hilfreich in der Praxis.

Das absolute Nonplusultra ist aber der Nachmittag. Gartenbau ist so wunderbar praxisbezogen. Ich wäre heute noch nicht im Stande, pikieren von setzen zu unterscheiden, wenn ich im Lerngarten der Schule nicht ab und zu die Finger schmutzig machen könnte.

So ging ich letzten Donnerstag nichts ahnend zur Schule. Nichts ahnend, weil ich die Zeitung wieder einmal nicht gelesen hatte. Doch in der Pause kam die niederschmetternde Nachricht: Die Schule wird nach Luzern verlegt. Gleichzeitig heisst das, eine praxisbezogene Ausbildung mehr verschwindet und wird durch rein theoretischen Unterricht ersetzt. Mein Gott, was soll denn das? Wer hat diesen Blödsinn ausgedacht?

Ich weiss schon, Sparmassnahmen – aber müssen immer die praktischen Fächer darunter leiden? In der Volksschule werden die Anzahl der praktischen Lektionen immer mehr gemindert. Nun geht es auch der Weiterbildung

an den Kragen. Wohin führt uns dieser Weg der Theorie? Wir bekommen reine Theoretiker als Schulabgänger. Und ich muss mich dann wieder herumärgern, weil mein Azubi eine Stunde braucht, um den Tisch abzuwischen und den Boden zu putzen. Ihr Leute, denkt ihr wirklich, dass solche Jugendliche eine grosse Chance in den praktischen Berufsfeldern haben?

Wo kann ich nun als junge Erwachsene, junger Erwachsener lernen, mit den Tücken des Haushalts umzugehen. Ich weiss schon, für etwas bietet einer unserer Grossverteiler frische Fertigprodukte für Kochfaule an. Aber muss das sein? Müssen wir so abhängig werden? Ich weiss schon, kochen und haushalten kann ja jeder und jede, wozu braucht es da überhaupt Unterricht? Learning by doing ist wohl die Devise. Das ist die ganz praxisbezogene Art des Lernens. Aber glaubt mir, dass Haushaltsleben wird wesentlich vereinfacht, wenn man auch versteht, was man tut.

Übrigens, kennt ihr etwas, dass Lerneffekt genannt wird? Lese ich einen Text nur, bleiben mir 10% des Inhaltes. Kann ich das Gelernte aber in die Praxis umsetzen, habe ich einen Lerneffekt von 70%. In meinem Fall weiss ich jetzt, wie ich etwas richtig pikiere, was ich vom «nur Lesen» nicht so effektiv mitbekommen hätte. Und ich muss den Kurs nicht zwei Mal besuchen, weil ich ja schon beim ersten Mal begriffen habe, worum es geht. – Ganz im Gegensatz zu den Rotstiften des Regierungsrates. Wahrscheinlich haben die ja auch alle eine Raumpflegerin.

***Diese Ausgabe wird unterstützt vom jmpuls-Patronatskomitee:***

- Herr Paul Baumann-Dorigo, Alt-Stadtrat, Luzern
- Frau Pia Maria Brugger, Grossrätin, Luzern
- Frau Rosmarie Dormann, Alt-Nationalrätin, Rothenburg
- Herr Markus Dürr, Regierungsrat, Malters
- Frau Ida Glanzmann-Hunkeler, Grossrätin, Altishofen
- Frau Kathrin Graber, Rechtsanwältin, Kriens
- Herr Konrad Graber, Grossrat, Kriens
- Herr Marcel Hurschler, Finanzchef CVP Kt. Luzern, Meggen
- Frau Luzia Kurmann, Regierungsstatthalterin, Buchs
- Herr Christoph Lengwiler, Grossrat, Kriens
- Herr Ruedi Lustenberger, Nationalrat, Romoos
- Frau Erna Müller-Kleeb, Grossrätin, Rickenbach
- Frau Marlis Roos Willi, Grossrätin, Geiss
- Frau Bernadette Schaller-Kurmann, Grossrätin, Alberswil
- Herr Martin Schwegler-Fasching, Präsident CVP Amt Willisau, Menznau
- Herr Anton Schwingruber, Regierungsrat, Werthenstein
- Frau Judith Stamm, Alt-Nationalrätin, Luzern
- Herr Franz Wicki, Ständerat, Grosswangen
- Herr Franz Wüest, Grossrat, Ettiswil
- ungenannt

«jmpuls» erscheint viermal jährlich und ist für die Mitglieder der JCVP Kanton Luzern gratis, Verlegerin ist die JCVP Kanton Luzern.

**Kantonalpräsident der JCVP:** Stefan Gassmann, Eichenweg 1, 6252 Dagmersellen, [stega.suisse@bluewin.ch](mailto:stega.suisse@bluewin.ch)

**Auflage:** 1500 Exemplare

**Redaktion:** Armin Barmet, Andreas Borer, Antonia Egli, Theresia Jund, Konrad Kretz, Rita Matter, Name auf Wunsch des Redaktors entfernt, Raphael Prinz, Jost Renggli, Miriam Schneider, Reto Sidler

**Layout:** Konrad Kretz und Res Fürling

**Redaktionsleitung:** Reto Sidler, Leisibachstrasse 45, 6033 Buchrain, [jcvc-jmpuls@gmx.ch](mailto:jcvc-jmpuls@gmx.ch)

**Adressverwaltung:** Ivo Bühler, Dornacherstrasse 15, 6003 Luzern, [ebikon@hotmail.com](mailto:ebikon@hotmail.com)

**Inserateverwaltung:** Manuel Schmid, Wesemlinring 18, 6006 Luzern, [schmedli@hotmail.ch](mailto:schmedli@hotmail.ch)

Redaktionsschluss für den «jmpuls» 3/2004: 23. August 2004